

Handbuch Infektionsschutzrecht

Huster / Kingreen

2021

ISBN 978-3-406-76020-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Huster/Kingreen
Handbuch Infektionsschutzrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Infektionsschutzrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan Huster

Ruhr-Universität Bochum

und

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Universität Regensburg

Bearbeitet von

Prof. Dr. Ulrich Becker, LL. M. (EHI), Jonas Bornemann, LL. M. (Maastricht),
Prof. Dr. Jörg Ennuschat, Prof. Dr. Stefan Huster, Prof. Dr. Markus Kaltenborn,
Prof. Dr. Thorsten Kingreen, Prof. Dr. Wolfgang Köck, Laura Kreft, LL. M.,
Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL. M. (Brüssel), Prof. Dr. Ralf Poscher, Prof. Dr. Stephan
Rixen, Roman Schildbach, Prof. Dr. Daniel Thym, LL. M. (London)

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Poscher in: Huster/Kingreen Hdb. InfSchR Kap. 4 Rn. 5


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76020 4

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Ulrich Becker, LL. M. (EHI)	Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik und Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München
Jonas Bornemann, LL. M. (Maastricht)	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht der Universität Konstanz
Prof. Dr. Jörg Ennuschat	Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht der Ruhr-Universität Bochum und auswärtiges Mitglied der Wissenschaftlichen Leitung der Forschungsstelle Glücksspiel an der Universität Hohenheim
Prof. Dr. Stefan Huster	Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozial- und Gesundheitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Markus Kaltenborn	Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanzverfassungs- und Gesundheitsrecht sowie das Recht der Entwicklungszusammenarbeit an der Ruhr-Universität Bochum und Direktor des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Thorsten Kingreen	Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht der Universität Regensburg
Prof. Dr. Wolfgang Köck	Leiter des Departments Umwelt- und Planungsrecht am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig und Professor für Umweltrecht an der Juristenfakultät der Universität Leipzig
Laura Kreft, LL. M. (Leiden)	Rechtsreferendarin im OLG-Bezirk Hamm; Wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzverfassungs- und Gesundheitsrecht der Ruhr-Universität Bochum

**Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL. M.
(Brüssel)**

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg und Mitglied des IREBS-Instituts für Immobilienwirtschaft

Prof. Dr. Ralf Poscher

Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg und Honorarprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Stephan Rixen

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozialwirtschafts- und Gesundheitsrecht (Lehrstuhl für Öffentliches Recht I) an der Universität Bayreuth; Mitglied des Deutschen Ethikrates

Roman Schildbach

Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht der Universität Regensburg

**Prof. Dr. Daniel Thym, LL. M.
(London)**

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz und Kodirektor des Forschungszentrums Ausländer- & Asylrecht (FZAA)

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Ein Virus hat die Welt verändert, auch die kleine Welt der deutschen Rechtswissenschaft. Als das Coronavirus SARS-CoV-2 Ende 2019 in China erstmals bei Erkrankten identifiziert werden konnte, war das deutsche Infektionsschutzrecht ein weitgehend unentdecktes Randgebiet des besonderen Verwaltungsrechts. Nachdem sich das Virus Anfang 2020 auch in Deutschland ausgebreitet hatte, hat sich das grundlegend geändert. Noch nie ist ein Rechtsgebiet so rasant durchgestartet: Seit Mitte März 2020 Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote verhängt wurden, sind binnen weniger Wochen hunderte Gerichtsentscheidungen zu Normen ergangen, die in den Jahrzehnten zuvor kaum angewendet worden und eigentlich auch nicht auf die Bewältigung einer Pandemie zugeschnitten waren. In kürzester Zeit erschienen neue Handbücher und Kommentare, unzählige Aufsätze wurden verfasst, und sogar eine neue Zeitschrift wurde gegründet.

Nachdem diese Phase der rechtswissenschaftlichen Ersthilfe vorbei ist und die grundsätzlichen pandemiebedingten Herausforderungen für die Rechtsordnung deutlicher zutage getreten sind, gilt es, das Infektionsschutzrecht als Querschnittsmaterie rechtssystematisch aufzubereiten. Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) als seine wichtigste Rechtsquelle enthält nämlich nicht nur öffentliches Gesundheitsrecht, sondern weist Schnittstellen mit diversen weiteren Referenzgebieten des besonderen Verwaltungsrechts auf. Es ist, wenn man sich an der Gliederung des IfSG orientiert, auch Gefahrenabwehrrecht, Datenschutzrecht, Entschädigungsrecht, Umwelt- und öffentliches Wirtschaftsrecht. Zudem wirft es grundlegende verfassungs- und verwaltungsrechtliche Fragen auf und ist zugleich eingebunden in ein unions- und völkerrechtlich determiniertes Mehrebenensystem.

An diesem Querschnittscharakter des Infektionsschutzrechts orientiert sich auch die Zusammensetzung des Autorenteam. Alle Autoren sind in den jeweiligen Referenzgebieten hervorragend ausgewiesen. Wir danken ihnen sehr, dass Sie sich spontan auf unser Gemeinschaftsprojekt eingelassen und die infektionsschutzrechtlichen Fragestellungen aus der Perspektive „ihres“ Referenzgebiets systematisch und grundlegend eingeordnet haben. Dank schulden wir zudem den Herren Dr. Rolf-Georg Müller und Burkhard Schulz vom Verlag C. H. Beck für Ihr Vertrauen in unser Team und die hervorragende verlegerische Betreuung des Handbuchs. Schließlich danken wir Friederike Kohlenbach (Bochum) sowie Maria Deutinger, Zachariasz Hussendörfer, Marje Mulder und Katharina Reitzer (Regensburg) sehr herzlich für die redaktionelle Unterstützung der Herausgeber.

Das große Engagement aller Beteiligten hat es auch ermöglicht, dass das am 19.11.2020 in Kraft getretene Dritte Bevölkerungsschutzgesetz des Bundes überwiegend ebenso noch berücksichtigt werden konnte wie die Beschlüsse von Bund und Ländern zum neuerlichen Lockdown bis zum Jahresende 2020.

Für Verbesserungsvorschläge und Kritik sind wir dankbar!

Bochum und Regensburg, 30. November 2020

Stefan Huster

Thorsten Kingreen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Teil 1 Grundlagen

Kapitel 1 Grundlagen des deutschen Infektionsschutzrechts (<i>Kingreen</i>) ...	3
A. Historische Entwicklung	6
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Infektionsschutzrechts	26
C. Gesetzgebung	36
D. Die Ausführung des Infektionsschutzgesetzes	44
Kapitel 2 Binnenmarktrechtliche Grundlagen des Infektions- und Gesundheitsschutzrechts (<i>Thym/Bornemann</i>)	65
A. Einleitung	66
B. Negative Integration: Aufsicht über die Mitgliedstaaten	68
C. Positive Integration: eigene Beiträge der EU-Organen	80
D. Fazit	90
Kapitel 3 Völkerrechtliche Grundlagen des Infektionsschutzrechts (<i>Kaltenborn/Kreft</i>)	91
A. Einleitung	93
B. Infektionsschutz und internationaler Menschenrechtsschutz	94
C. Das Infektionsschutzrecht der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	97
D. Globale Verfügbarkeit von Medikamenten und Impfstoffen	111

Teil 2 Referenzgebiete

Kapitel 4 Das Infektionsschutzgesetz als Gefahrenabwehrrecht (<i>Poscher</i>) ..	117
A. Einführung	119
B. Systematik des Gefahrenabwehrrechts	120
C. Zuständigkeiten	122
D. Befugnisse	136
E. Rückblick	169
Kapitel 5 Impfschutzrecht (<i>Rixen</i>)	171
A. Einleitung: Impfungen im System des Gesundheitsrechts	173
B. Impfungen als ärztliche Behandlungsoption	174
C. GKV-rechtliche Regelungen über Schutzimpfungen	202
Kapitel 6 Datenschutzrecht (<i>Kühling/Schildbach</i>)	203
A. Einführung	207
B. Zusammenspiel von Infektions- und Datenschutzrecht	207
C. Konsequenzen für die Datenverarbeitung zum Zwecke des Infektionsschutzes	235
D. Fazit	258

Inhaltsübersicht

Kapitel 7 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Köck)	261
A. Einleitung	262
B. Gesundheitsschutz im Umweltrecht – unter besonderer Berücksichtigung seines Beitrages zur Epidemie und Pandemieprävention und zur Minderung von Epidemie- und Pandemiefolgen	263
C. Gesundheitsschutz im Infektionsschutzgesetz: wasserbezogene Anforderungen gem. §§ 37–41 IfSG	272
D. Fazit	283
Kapitel 8 Gesundheitsrecht (Huster)	285
A. Einführung	287
B. Die ambulante ärztliche Versorgung	289
C. Krankenhausversorgung	294
D. Arzneimittelversorgung	308
E. Ausblick	311
Kapitel 9 Öffentliches Entschädigungsrecht (Becker)	313
A. Einführung	316
B. Grundsätze des rechtlichen Entstehens	317
C. Entschädigungstatbestände des IfSG	341
D. Bilanz und Perspektiven	363
Kapitel 10 Gewerberecht – Tätigkeiten mit Krankheitserregern (Ennuschat)	373
A. Vorbemerkungen	375
B. Grundsatz der Erlaubnispflichtigkeit (§§ 44 bis 48 IfSG)	376
C. Anzeigepflichten (§§ 49, 50 IfSG)	396
D. Pflichten bei der Abgabe von Krankheitserregern an Dritte (§ 52 IfSG)	402
E. Aufsicht und Verfahren (§§ 51, 53a IfSG)	403
F. Untersagungstatbestände (§§ 45 Abs. 4, 49 Abs. 3 IfSG)	407
G. Sonderregeln für Polioviren (§ 50a IfSG)	411
Sachverzeichnis	417

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Teil 1 Grundlagen

Kapitel 1 Grundlagen des deutschen Infektionsschutzrechts	3
A. Historische Entwicklung	6
I. Kultur- und rechtsgeschichtliche Skizze	6
1. Die historische, soziale und politische Dimension von Infektionskrankheiten	6
2. Rechtliche Bewältigung von Infektionskrankheiten	12
II. Corona Law: Legislative, exekutive und wissenschaftliche Krisenbewältigung in Deutschland	15
1. Das normative Krisenbewältigungsprogramm	16
2. Rechtswissenschaftliche Diskurse zur Pandemie	22
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Infektionsschutzrechts	26
I. Gesetzgebungskompetenzen	26
II. Verwaltungskompetenzen	27
III. Grundrechte	28
1. Schutz von Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	28
2. Gegenläufige Freiheitsrechte	30
3. Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	34
C. Gesetzgebung	36
I. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes	36
1. Verwaltungszwecke: Vorbeugung, Erkennung und Verhinderung von Infektionskrankheiten beim Menschen	36
2. Verwaltungsaufgaben: Überwachung, Verhütung, Bekämpfung ...	36
3. Entschädigung für infektionsschutzrechtliches Verwaltungshandeln	41
II. Landesgesetze	41
1. Infektionsschutzgesetze in Bayern und Nordrhein-Westfalen	41
2. Katastrophenschutzgesetze	43
D. Die Ausführung des Infektionsschutzgesetzes	44
I. Regelzuständigkeiten	45
1. Landesbehörden	45
2. Bundesverwaltung	57
3. Exkurs: Nationaler Pandemieplan	58
II. Zuständigkeiten bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	59
1. Epidemische Lage von nationaler Tragweite, § 5 Abs. 1 IfSG	59
2. Rechtsfolgen des Feststellungsbeschlusses nach § 5 Abs. 1 S. 1 IfSG	61
3. Verfassungsrechtliche Beurteilung der Krisengesetzgebung durch Rechtsverordnungen	62

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2 Binnenmarktrechtliche Grundlagen des Infektions- und Gesundheitsschutzrechts	65
A. Einleitung	66
B. Negative Integration: Aufsicht über die Mitgliedstaaten	68
I. Warenverkehr	68
1. Dogmatische Grundlagen	68
2. Exportverbote im Binnenmarkt	70
3. Produktionspflichten und -steigerungen	71
4. Exportverbote und Importerleichterungen gegenüber Drittstaaten	72
II. Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen	73
1. Konzeptuelle und dogmatische Grundlagen	73
2. Vorübergehende Binnengrenzkontrollen	73
3. Sonstige Gesundheitsschutzmaßnahmen	75
III. Reisebeschränkungen der Personenfreizügigkeit	76
1. Dogmatische Grundlagen	76
2. Ausnahmen für bestimmte Personengruppen	77
3. Kohärenzgebot	78
IV. Beihilfenrecht	79
C. Positive Integration: eigene Beiträge der EU-Organen	80
I. Sekundärrechtliches Infektionsschutzrecht	80
II. Umfang der Kompetenzgrundlagen	82
1. Ergänzung, Förderung und Koordination	82
2. Rechtsharmonisierung aufgrund der Binnenmarktkompetenz	84
3. Forschungsförderung	85
4. Finanzielle und haushaltsrechtliche Maßnahmen	85
5. Notfallmaßnahmen	87
III. Agenturen und Einrichtungen	88
1. Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)	88
2. Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)	88
3. Sonstige Einrichtungen	89
D. Fazit	90
Kapitel 3 Völkerrechtliche Grundlagen des Infektionsschutzrechts	91
A. Einleitung	93
B. Infektionsschutz und internationaler Menschenrechtsschutz	94
C. Das Infektionsschutzrecht der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	97
I. Geschichte der internationalen Gesundheitsvorschriften	98
II. Anwendungsbereich und Grundprinzipien der internationalen Gesundheitsvorschriften	99
III. Aufgaben der Vertragsstaaten	101
1. Kernkapazitäten und Kommunikation mit der WHO	101
2. Maßnahmen für die öffentliche Gesundheit	103
3. Gesundheitsdokumente	105
IV. Aufgaben der WHO	105
1. Feststellung einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite	105
2. Empfehlungen	107
3. Internationale Kooperation und Streitbeilegung	108
V. Reformvorschläge	108
D. Globale Verfügbarkeit von Medikamenten und Impfstoffen	111

Teil 2 Referenzgebiete

Kapitel 4 Das Infektionsschutzgesetz als Gefahrenabwehrrecht	117
A. Einführung	119
B. Systematik des Gefahrenabwehrrechts	120
C. Zuständigkeiten	122
I. Gesetzgebung	122
II. Verwaltung	124
1. Bund	125
2. Länder	132
3. Gewaltenteilige Zuständigkeit	135
D. Befugnisse	136
I. Überwachung übertragbarer Krankheiten	136
II. Verhütung übertragbarer Krankheiten	137
1. Die Generalklauseln der §§ 16 und 17 IfSG	138
2. Verhütungsverordnungen	140
III. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	141
1. Gefahrerforschungseingriffe	141
2. Schutzmaßnahmen	143
E. Rückblick	169
Kapitel 5 Impfschutzrecht	171
A. Einleitung: Impfungen im System des Gesundheitsrechts	173
B. Impfungen als ärztliche Behandlungsoption	174
I. Grundsatz: Freiwilliges Angebot	174
1. Impfempfehlungen	174
2. Priorisierung von Impfstoffen	176
II. Ausnahme: Impfpflicht	178
1. Historische Vorbilder	178
2. Impfpflichten im geltenden Recht	179
3. Die Regelungen zur Masernimpfpflicht im Einzelnen	182
4. Verfassungsrechtliche Probleme einer Impfpflicht am Beispiel des Masernschutzgesetzes	189
III. Gewährleistung der Impfversorgung (Verfügbarkeit von Impfstoffen, insb. Lieferengpässe)	196
1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	196
2. Einfachrechtliche Konkretisierung	196
IV. Schutzimpfungen als ärztliche Tätigkeit	197
1. § 20 Abs. 4 IfSG – gesetzgebungskompetenzielle Problematik	197
2. § 132j SGB V: Gripeschutzimpfung als nicht-ärztliche Tätigkeit	198
V. Impfdokumentation (§ 22 IfSG)	199
VI. Immunitätsbescheinigungen	199
1. Problemkontext, insb. § 23a IfSG	199
2. Rechtspolitische Perspektiven insb. mit Blick auf COVID-19	200
C. GKV-rechtliche Regelungen über Schutzimpfungen	202
Kapitel 6 Datenschutzrecht	203
A. Einführung	207
B. Zusammenspiel von Infektions- und Datenschutzrecht	207
I. Grundrechtliche Überformung	207
1. Datenschutzgrundrecht und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	208
2. Gesundheitsschutz als entgegenstehende Grundrechtsposition	213
3. Weitere Grundrechtspositionen	213

Inhaltsverzeichnis

II. Regelungskonzept der Datenschutz-Grundverordnung	214
1. Sachlicher Anwendungsbereich und Personenbezugsbegriff	214
2. Datenschutzgrundsätze	219
3. Zulässigkeit der Verarbeitung	221
4. Weitere Rahmenbedingungen	226
5. Öffnungsklauseln für mitgliedstaatliches Recht	228
III. Datenschutz-Grundverordnung und nationales Recht	232
1. Allgemeines Datenschutzrecht	232
2. Bereichsspezifisches Recht des IfSG und untergesetzlicher Normen	233
3. Berufsgeheimnis/Schweigepflicht	234
C. Konsequenzen für die Datenverarbeitung zum Zwecke des Infektionsschutzes	235
I. Infektionsmeldewesen der §§ 6 ff. IfSG	235
1. Einfachgesetzliche Regelungen	235
2. Datenschutz- und verfassungsrechtliche Einordnung	238
II. Datenverarbeitung innerhalb der Ermittlungsbefugnisse nach dem IfSG	241
III. Verpflichtung Privater zur Datenerhebung	242
1. Einordnung in das datenschutzrechtliche Regelungsgefüge	243
2. Verfassungsrechtliche Maßstäbe	244
IV. Weitere Datenverarbeitungsvorgänge nach dem IfSG	245
V. Apps in der Pandemie	246
1. Vielfalt der Anwendungsszenarien	246
2. Datenspende-App im Besonderen	247
3. Contact-Tracing-Apps und die deutsche Corona-Warn-App	249
VI. Standort- und Mobilfunkdaten	255
VII. Datenweitergabe und Zweitverwertung	256
1. Sicherheits- und Justizbehörden	256
2. Forschung	257
D. Fazit	258
Kapitel 7 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	261
A. Einleitung	262
B. Gesundheitsschutz im Umweltrecht – unter besonderer Berücksichtigung seines Beitrages zur Epidemie und Pandemieprävention und zur Minderung von Epidemie- und Pandemiefolgen	263
I. Umweltbedingte Lebens- und Gesundheitsrisiken – Das Global Assessment der WHO und einige Schlussfolgerungen mit Blick auf Pandemierisiken	263
II. Ausgewählte Handlungsfelder des umweltrechtlichen Gesundheitsschutzes	264
1. Gesundheitsschutz durch Luftreinhaltung – Status quo und Verbesserungspotenziale als Baustein für eine Strategie der Minderung von Infektions-, Epidemie- und Pandemiefolgen	265
2. Landwirtschaft und Gesundheit – Minderung von Antibiotikaresistenzen durch Stärkung des Agrarumwelt- und Tierwohlrechts	268
3. Gesundheitsschutz durch Natur- und Artenschutzrecht	271
III. Zwischenfazit	272
C. Gesundheitsschutz im Infektionsschutzgesetz: wasserbezogene Anforderungen gem. §§ 37–41 IfSG	272
I. Einführung und Überblick	272

Inhaltsverzeichnis

II. Wasserbeschaffenheit für den menschlichen Gebrauch: die Anforderungen der Trinkwasserverordnung	274
1. Der Besorgnismaßstab	274
2. Die Trinkwasser-Richtlinie der EG	275
3. Die nationale TrinkwasserV	277
III. Wasserbeschaffenheit für zum Schwimmen oder Baden bereitgestellte Einrichtungen	279
IV. Anforderungen an die Abwasserbeseitigung	280
V. Zuständigkeiten und Befugnisse der Überwachungsbehörden; Aufgaben des Umweltbundesamtes	282
1. Zuständigkeiten und Befugnisse der Überwachungsbehörden	282
2. Aufgaben des Umweltbundesamtes	282
D. Fazit	283
Kapitel 8 Gesundheitsrecht	285
A. Einführung	287
I. Gesundheitsrechtliche Steuerungsaufgaben	287
II. Rechtsgrundlagen	287
III. Gliederung der Darstellung	288
B. Die ambulante ärztliche Versorgung	289
I. Einführung	289
II. Zwangsverpflichtung von Ärzten und Medizinstudierenden?	289
III. Tests	290
IV. Leistungserbringung durch Vertragsärzte	291
V. Zugang zur vertragsärztlichen Tätigkeit und wirtschaftliche Absicherung	292
1. Ausnahmen von Zulassungsbeschränkungen	292
2. Approbationsordnung und medizinische Ausbildung	292
3. Ausübung von Heilkunde durch Gesundheitsfachberufe	292
4. Die wirtschaftliche Absicherung der ambulanten Versorgung	293
C. Krankenhausversorgung	294
I. Einführung	294
II. Vergütungsrechtliche Maßnahmen	295
1. Freihaltepauschale	295
2. Weitere Entlastungsmaßnahmen	296
3. Vergütung von Corona-Leistungen und -Vorhaltungen	297
III. Rahmenbedingungen der stationären Versorgung	297
IV. Die Triage als Rechtsproblem	298
1. Einführung	298
2. Das Dilemma der juristischen Diskussion	299
3. Die Triage als Sonderfall	301
4. Fazit	307
V. Fazit	307
D. Arzneimittelversorgung	308
I. Einführung	308
II. Versorgungswege und -verfahren	308
III. Beschaffung und Entwicklung von Arzneimitteln	309
1. Die Versorgungssicherungsverordnung	309
2. Der Off-Label-Use in der SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung	310
3. Einschränkungen des Patentrechts, § 5 Abs. 2 Nr. 5 IfSG	310
E. Ausblick	311

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 9 Öffentliches Entschädigungsrecht	313
A. Einführung	316
B. Grundsätze des rechtlichen Einstehens	317
I. Verantwortungsverteilung beim Schadensausgleich	317
1. Ausgangspunkte	317
2. Gemeinschaftliche Verantwortung	323
II. Entwicklung des infektionsschutzrechtlichen Entschädigungsrechts	334
1. Historischer Hintergrund	334
2. Infektionsschutzrechtliche Gesetzgebung nach 1949	336
3. Bekämpfung der Corona-Epidemie: Ad-hoc Entschädigung	337
C. Entschädigungstatbestände des IfSG	341
I. Vorbemerkung	341
1. Systematik	341
2. Kausalität und Mitwirkung	342
3. Geltendmachung und Durchsetzung	344
II. Entschädigung für Impfpföper	346
1. Begründung der gemeinschaftlichen Verantwortung	346
2. Voraussetzungen des Anspruchs	347
3. Inhalt des Anspruchs	350
III. Entschädigung bei präventivem Handeln	351
1. Begründung der gemeinschaftlichen Verantwortung	351
2. Voraussetzungen des Anspruchs	352
3. Inhalt des Anspruchs	355
IV. Entschädigung bei Verboten der Erwerbstätigkeit	356
1. Begründung der gemeinschaftlichen Verantwortung	356
2. Voraussetzungen des Anspruchs	357
3. Inhalt des Anspruchs	361
4. Anspruch bei der Betreuung anderer Personen	362
D. Bilanz und Perspektiven	363
I. Infektionsschutzrecht und allgemeines Haftungsrecht	363
II. Haftung für allgemeine Maßnahmen	364
1. Bei rechtmäßigem Handeln	364
2. Bei rechtswidrigem Handeln	367
III. Grund und Bedeutung der gemeinschaftlichen Verantwortung	369
Kapitel 10 Gewerberecht – Tätigkeiten mit Krankheitserregern	373
A. Vorbemerkungen	375
B. Grundsatz der Erlaubnispflichtigkeit (§§ 44 bis 48 IfSG)	376
I. Erlaubnistatbestand (§ 44 IfSG)	376
1. Tatbestandliche Voraussetzungen der Erlaubnispflicht	376
2. Entstehen der Erlaubnispflicht; Folgen von Pflichtverletzungen	378
II. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht (§§ 45, 46 IfSG)	378
1. Eingeschränkte Erlaubnisfreiheit für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte (§ 45 Abs. 1 IfSG)	379
2. Ausnahme von der Erlaubnispflicht bei Arbeiten zur mikrobiologischen Qualitätssicherung (§ 45 Abs. 2 IfSG)	381
3. Behördliche Freistellung von der Erlaubnispflicht (§ 45 Abs. 3 IfSG)	384
4. Erlaubnisfreiheit bei Tätigkeit unter Aufsicht (§ 46 IfSG)	386
III. Erlaubnisvoraussetzungen (§ 47 Abs. 1 und 2 IfSG)	387
1. Fehlende Sachkenntnis (§ 47 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 IfSG)	388
2. Unzuverlässigkeit (§ 47 Abs. 1 Nr. 2 IfSG)	389
3. Beweislast	390

IV. Inhaltliche Reichweite der Erlaubnis, Nebenbestimmungen (§ 47 Abs. 3 und 4 IfSG)	390
1. Auflagen und weitere Nebenbestimmungen (§ 47 Abs. 3 S. 1 IfSG)	390
2. Erlaubnis mit Beschränkungen (§ 47 Abs. 3 S. 1 IfSG)	391
3. Beschränkte Erlaubnis (§ 47 Abs. 3 S. 2 IfSG)	392
4. Beschränkungen für Personen ohne ärztliche Approbation oder Bestallung (§ 47 Abs. 4 IfSG)	393
V. Anforderungen an Räume (§ 53 IfSG)	393
VI. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis (§ 48 IfSG)	394
1. Verhältnis zu §§ 48 f. VwVfG	394
2. Tatbestandliche Voraussetzungen von Rücknahme und Widerruf nach § 48 IfSG	394
3. Rechtsfolgende	394
4. Wirksamwerden der Aufhebung	396
C. Anzeigepflichten (§§ 49, 50 IfSG)	396
I. Anzeige der Aufnahme einer Tätigkeit i. S. d. § 44 IfSG (§ 49 IfSG) ..	396
1. Anzeigepflichtiger Tatbestand, Anzeigepflichtiger und Ausnahmen von der Anzeigepflicht (§ 49 Abs. 1 S. 1 und 4 IfSG)	397
2. Anzeigezeitpunkt und Wartefrist (§ 49 Abs. 1 S. 1 IfSG)	397
3. Anzeigehalt (§ 49 Abs. 1 S. 2 und 3 IfSG)	398
4. Anzeigeform und Anzeigeempfänger (§ 49 Abs. 1 S. 1 bis 3 IfSG) ..	399
5. Aufnahme vor Fristablauf (§ 49 Abs. 2 IfSG)	399
II. Anzeige wesentlicher Veränderungen bei einer Tätigkeit iSd. § 44 Abs. 1 IfSG (§ 50 IfSG)	400
1. Ausübung einer in § 44 IfSG genannten Tätigkeit (§ 50 S. 1 IfSG) ..	400
2. Wesentliche Veränderungen (§ 50 S. 1 IfSG)	400
3. Anzeige der Beendigung oder Wiederaufnahme (§ 50 S. 2 IfSG) ..	401
4. Verpflichteter, Zeitpunkt, Inhalt, Form und Empfänger der Anzeige (§ 50 S. 3 IfSG)	401
5. Ausnahme von der Anzeigepflicht (§ 50 S. 4 IfSG)	402
D. Pflichten bei der Abgabe von Krankheitserregern an Dritte (§ 52 IfSG) ...	402
I. Abgabe von Krankheitserregern nur an Berechtigte (§ 52 S. 1 IfSG) ...	402
II. Abgabe von Krankheitserregern an staatliche human- oder veterinärmedizinische Untersuchungseinrichtungen (§ 52 S. 2 IfSG) ..	403
E. Aufsicht und Verfahren (§§ 51, 53a IfSG)	403
I. Behördliche Aufsicht (§ 51 IfSG)	403
1. Voraussetzungen der Aufsichtsunterworfenheit (§ 51 S. 1 IfSG) ...	403
2. Mitwirkungspflichten des Beaufsichtigten (§ 51 S. 2 IfSG)	404
3. Einschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung (§ 51 S. 3 IfSG) ..	404
II. Verfahren über die Einheitliche Stelle (§ 53a Abs. 1 IfSG)	405
1. Möglichkeit der Inanspruchnahme der einheitlichen Stelle	405
2. Anwendbarkeit der §§ 71a bis 71e VwVfG	406
III. Entscheidungsfrist von drei Monaten (§ 53a Abs. 2 IfSG)	406
F. Untersagungstatbestände (§§ 45 Abs. 4, 49 Abs. 3 IfSG)	407
I. Untersagung erlaubnisfreier Tätigkeiten bei Unzuverlässigkeit (§ 45 Abs. 4 IfSG)	407
1. Untersagungsvoraussetzungen	407
2. Rechtsfolgende	408
II. Untersagung bei Besorgnis der Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung (§ 49 Abs. 3 IfSG)	408
1. Untersagungsvoraussetzungen	408
2. Rechtsfolgende	410
III. Untersagung bei Verstoß gegen die Erlaubnispflicht	410

Inhaltsverzeichnis

G. Sonderregeln für Polioviren (§ 50a IfSG)	411
I. Pflicht zur Anzeige des Besitzes von Polioviren (§ 50a Abs. 1 IfSG)	411
1. Erstmalige Anzeige (§ 50a Abs. 1 S. 1 und 2 IfSG)	412
2. Veränderungsanzeige (§ 50a Abs. 1 S. 3 IfSG)	412
3. Übermittlung der Angaben (§ 50a Abs. 1 S. 4 IfSG)	413
II. Pflicht zur Vernichtung von Polioviren (§ 50a Abs. 2 IfSG)	413
III. Berechtigung zum Besitz von Polioviren (§ 50a Abs. 3 IfSG)	413
1. Übergangszeitraum (§ 50a Abs. 3 S. 2 IfSG)	414
2. Zentrale Einrichtung (§ 50a Abs. 3 IfSG)	414
IV. Ermittlungsbefugnisse der zuständigen Behörde (§ 50a Abs. 5 IfSG) ...	415
V. Verordnungsermächtigung (§ 50a Abs. 4 IfSG)	415
Sachverzeichnis	417


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG